

Griechenland | 30.05.2016 | Lesezeit 2 Min.

## Kein Schuldenschnitt nötig

*Der Internationale Währungsfonds (IWF) wollte aus dem dritten Hilfsprogramm für Griechenland aussteigen, wenn die sogenannte Schuldentragfähigkeit des Landes nicht gesichert ist. Dazu braucht es jedoch keinen Schuldenschnitt. Das zeigt der jüngste Kompromiss in Brüssel.*

---

Ein ganzes Jahr lang hat man von der griechischen Schuldenkrise so gut wie nichts gehört, doch in den vergangenen Wochen stand die erste Überprüfung des dritten Hilfsprogramms ins Haus - und damit ein Wiederaufflammen der Krise.

Ein Grund dafür war, dass die Regierung in Athen die an das Hilfspaket gekoppelten Reformen erst nach langem Zögern und nur widerwillig akzeptiert hat - und das auch nur, weil ihr das Geld ausgeht und schon bald wieder Schuldentrückzahlungen anstehen.

---

Für einen Schuldenschnitt für Griechenland müssten letztendlich die europäischen Steuerzahler geradestehen.

---

Die Verhandlungen zwischen Griechenland und der Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und IWF wurden dadurch erschwert, dass Letzterer eine deutliche Schuldenerleichterung forderte. Ansonsten sei die Schuldentragfähigkeit Griechenlands nicht gewährleistet, sodass sich der IWF nach seinen Statuten nicht mehr an dem Hilfsprogramm beteiligen dürfe. Das wiederum will

die Bundesregierung nicht. Denn:

**Ein echter Schuldenschnitt für Griechenland würde bedeuten, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) und die Eurostaaten Verluste zu tragen hätten - für die letztlich die europäischen Steuerzahler geradestehen müssten.**

Zwei Kompromisse haben aus diesem Dilemma herausgeführt:

**Der Primärüberschuss** Griechenlands, also die Staatseinnahmen minus Staatsausgaben ohne Zinszahlungen, soll für das Jahr 2018 durch ein vorsorgliches Sparpaket gesichert werden. Es tritt also nur dann in Kraft, wenn der angestrebte Überschuss verfehlt wird.

**Einen Schuldenschnitt** lehnen die Euro-Finanzminister zwar weiterhin ab, auf ihrem Treffen im Mai haben sie Griechenland jedoch unter anderem eine Verlängerung der Rückzahlungsfristen ab 2018 in Aussicht gestellt.

Eine aktuelle Analyse des IW Köln zeigt, dass dieser Weg richtig ist:

**Im Basisszenario - also bei moderaten Annahmen über die Entwicklung des Wirtschaftswachstums, der Inflation und des Primärüberschusses - kann Griechenland seine Schulden ab 2018 langsam abbauen und um 2040 eine Schuldenquote von circa 100 Prozent des BIP erreichen - und sich damit wieder selbst auf den Finanzmärkten finanzieren.**

Dazu müssten aber die Rückzahlungsfristen um 15 bis 20 Jahre verlängert werden, sodass der Schuldenberg durch Wachstum und Inflation schmelzen kann.

## Griechische Staatsverschuldung: Drei Szenarien

Staatsverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)



Basisszenario: jährliche Zunahme des realen Wirtschaftswachstums auf bis zu 3 Prozent bis 2018, dann allmählicher Rückgang auf 1,8 Prozent jährlich bis 2025, danach 1,8 Prozent jährlich bis 2040; Anstieg der Inflationsrate auf 2,2 Prozent jährlich bis 2022, dann Rückgang auf 1,8 Prozent jährlich bis 2025, danach 1,8 Prozent jährlich bis 2040; Anstieg des öffentlichen Primärüberschusses auf 3,5 Prozent des BIP in den Jahren 2018 und 2019, danach allmählicher Rückgang und ab 2025 konstant 2 Prozent jährlich bis 2040; im optimistischen Szenario entwickeln sich die drei Indikatoren besser, im pessimistischen Szenario schlechter als im Basis-szenario

Ursprungsdaten: EU-Kommission, Internationaler Währungsfonds  
© 2016 IW Medien / Iwd

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

Zudem sollte der ESM die – recht hoch verzinsten – Kreditforderungen des IWF übernehmen und selbst mehr langfristige Kredite aufnehmen, um das so gesicherte niedrige Zinsniveau an Griechenland weiterzugeben.

### Kernaussagen in Kürze:

- Ein echter Schuldenschnitt für Griechenland würde bedeuten, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) und die Eurostaaten Verluste zu tragen hätten – für die letztlich die europäischen Steuerzahler geradestehen müssten
- Ein Schuldenschnitt ist aber gar nicht nötig, hat das IW Köln ausgerechnet
- Die Euro-Finanzminister haben Griechenland eine Verlängerung der Rückzahlungsfristen ab 2018 in Aussicht gestellt.